

# Union in Deutschland

## Informations-Dienst

der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union Deutschlands

Zahlungen an Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, Bonn, Blücherstraße 14, Postscheckkonto Köln 36 531 und Bankverein Westdeutschland, Filiale Bonn 7487

Nr. 68

Bonn, den 27. August 1952

VI. Jahrg.

## Berlin: Christliche Absage an den Materialismus

Der Deutsche Katholikentag ist vorüber. Er bedeutete für alle Teilnehmer eine Bereicherung des religiösen Erlebens und eine Klärung vieler Probleme. Die Berliner Impulse und Erkenntnisse werden noch lange innerhalb des deutschen Katholizismus weiterwirken. Wenn wir aber den Sinn dieses Treffens recht verstehen, soll das geistige Erkennen und religiöse Erleben von Berlin keine Angelegenheit des innerkirchlichen Raumes bleiben, sondern ausstrahlen in das ganze deutsche Volk und in seine gegenwärtige geistige und politische Not und Entscheidung. Was aber wird von Berlin für diese Aufgabe bleiben?

Dazu muß man sich die mehr als 200 000 Menschen im Olympiastadion unter dem hochragenden Kreuz vergegenwärtigen; diese Masse gerade der kleinen Leute und schwer Schaffenden aus der Ostzone, diese Heimatvertriebenen, diese Jungen und Mädchen aus der Zone, die den weitaus stärksten Prozentsatz der Teilnehmer stellten! Hier muß das Wort des Präsidenten des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Fürst zu Löwenstein, wiederholt werden, das er bei der Eröffnungskundgebung sprach: „Der Katholikentag hat den besten Anschauungsunterricht dafür gegeben, wie das deutsche Volk wirklich denkt!“ Dieses Volk, wie es sich im Stadion versammelt hatte, denkt eben christlich und entscheidet christlich! Und wenn wir daran denken, daß das Kreuz in der olympischen Kampfbahn das Kreuz des vorjährigen evangelischen Kirchentages war, wenn wir an den Aufenthalt des Münchner Erzbischofs im Hause von Bischof Dibelius denken, an die Teilnahme Tausender evangelischer Christen aus der Zone am Katholikentag, an die evangelische Mitsorge für Unterkunft und Versammlungsraum, an das Lösungswort des vorjährigen evangelischen Kirchentages „Wir sind doch Brüder“, mit dem der Sprecher der evangelischen Kirche den Katholikentag begrüßte, dann ist das ein Beweis dafür, daß es in den Fragen der Formung des öffentlichen Lebens nur einen christlichen Weg gibt. Eine neue Ordnung ohne die Grundsätze des Christentums finden wollen, hieße darum eine Entscheidung nicht gegen diese oder jene Konfession sondern gegen das deutsche Volk überhaupt treffen. Das muß man im Osten und im Westen wissen.

Vielen Deutschen, vor allem Westdeutschen, erschien es zumindest problematisch, eine solche Kundgebung ausgerechnet in Berlin stattfinden zu lassen. Die Antwort darauf wurde in Berlin selbst gefunden. Dort ist das Wort gefallen: „Und wenn man uns das Brandenburger Tor zugemauert hätte, wir hätten uns durch Klopfeisen verständigt.“ Das will heißen, daß dem Christen keine Zonengrenzen imponieren. Glaube und christlicher Brudersinn lassen sich durch Sperrgürtel nicht aufhalten. Die seelische und geistige Gemeinschaft kann nichts und niemand nehmen. Das haben die freudigen, sonst von jahrelanger geistiger Vereinsamung so geprägten Gelichter der Menschen aus der Zone gezeigt, die Zehntausende aus der Bundesrepublik, die sich nicht einschüchtern ließen, die tausendfach geübte persön-

lich-menschliche Hilfe der Westberliner und Westdeutschen, die den Menschen aus der Zone in Berlin zuteil wurde. Dieses Gefühl der deutschen und christlichen Verbundenheit fand Höhepunkte, wie sie sich menschlicher und echter nicht gedacht werden können, etwa das Treffen der 10 000 Heimatvertriebenen und die Begegnung in den Zeltlagern der katholischen Jugend, wo Jungen und Mädchen aus der Bundesrepublik ihre Brüder und Schwestern aus den Gebieten jenseits der Elbe betreuten.

Zu einer Zeit des schärfsten Risses quer durch Deutschland vollbrachte die Kirche noch einmal, was sonst niemand mehr erreicht: Die Einheit und Geschlossenheit des deutschen Volkes. Der Berliner Katholikentag war im besten Sinne des Wortes eine gesamtdeutsche Begegnung, ein einziges echtes gesamtdeutsches Gespräch. Zwar sind wir nüchtern genug, uns davon keinen Wechsel der sowjetischen Taktik zu versprechen. Aber die Berliner Begegnung reicht aus, um die deutschen und christlichen Menschen in der Sowjetzone für lange Zeit zu stärken und dem Westen eine neue Mahnung zu sein, seine Brüder nicht zu vergessen.

Der Bischof von Berlin erklärte im Ver-

lauf der Tagung einmal, die Kirche müsse da sein, wo die Gefährdung des deutschen Menschen am deutlichsten wird. Nun gibt es aber keinen Ort in Deutschland, an dem man mehr gezwungen ist, sich der Zukunft und den zukünftigen Entwicklungen zu stellen als gerade Berlin. Darum erscheint uns als der wichtigste bleibende Gewinn des Katholikentages seine Absage an den Materialismus und an die materialistische Weltanschauung, die das Leben unseres Volkes und das der Völker überhaupt zu ersticken droht. Man kann das nicht als eine Einmischung des Katholikentages in die Probleme der Politik ausdeuten. Es galt vielmehr, tiefer zu gehen als die tagespolitischen Auseinandersetzungen und die politischen Entscheidungen. Der Katholikentag hat vom Christlichen her die Voraussetzungen aufgezeigt, die erfüllt sein müssen, damit auch ein politisches Denken und Handeln überhaupt noch einen Sinn haben soll. In dieser Richtung haben die Arbeitsgemeinschaften, die grundlegenden Referate und vielfachen Reden der Massenkundgebungen den Materialismus in Übereinstimmung mit der Papstbotschaft verurteilt und ihm den Kampf angesagt. Damit hat Berlin die Grundbedingungen für jedes weitere Zusammenleben der Menschen und Völker neu vor die Öffentlichkeit gestellt. Nun wird es Sache der politischen Verantwortlichen sein, ihr politisches Handeln so einzurichten, daß es diesen christlichen Grundwahrheiten und -Forderungen nicht widerspreche. Sonst müßten die Völker von neuem größten Schaden erleiden.

## Aus Moskau nichts Neues

Wer dem Inhalt der neuen sowjetischen Antwortnote an die Westmächte wirklich gerecht werden will, muß von einer klaren Beurteilung der west-östlichen Standpunkte in der Deutschlandfrage ausgehen. Nach der Konzeption der Westalliierten — und diese deckt sich mit den Auffassungen der berufenen Repräsentanten der Bundesrepublik und Westberlins — soll ein Friedensvertrag mit einem in Freiheit wieder vereinigten Deutschland auf der Basis gleichberechtigter Verhandlungsteilnahme geschlossen werden. Das setzt voraus, daß bei Friedensverhandlungen ein gleichberechtigter deutscher Partner vorhanden ist, daß also eine Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit erfolgt ist und somit ein Deutschland geschaffen wurde, das von einer gesamtdeutschen Regierung repräsentiert wird, die aus freien gesamtdeutschen Wahlen hervorgegangen ist. Aus diesem logischen Gedankengang ergibt sich zwingend, daß an der Spitze aller Bestrebungen, die auf einen deutschen Friedensvertrag und die Wiedervereinigung Deutschlands

abzielen, die Frage freier gesamtdeutscher Wahlen stehen muß.

Demgegenüber hat die Sowjetunion in ihren verschiedenen Noten zur Deutschlandfrage den umgekehrten Diskussionsweg vorgeschlagen, also: Friedensvertrag — Wiedervereinigung — Regierungsbildung bzw. gesamtdeutsche Wahlen. Von dieser Reihenfolge ist Moskau auch in seiner neuesten Antwortnote nicht abgewichen, Entkleidet man diese Note ihres üppigen polemisch-propagandistischen Beiwerks, dann bleibt der sowjetische Wunsch nach einer baldigen Viererkonferenz über die Deutschlandfrage, deren Tagesordnung nach der schon hinreichend bekannten sowjetischen Konzeption gestaltet werden soll. In ihrer Note vom 10. Juli hatten die Westmächte in der Auswahl einer neutralen Kommission und der Festlegung ihrer Funktionen zur Prüfung der Voraussetzungen gesamtdeutscher Wahlen das wesentliche Verhandlungsthema einer ersten Viererkonferenz erblickt.

In der sowjetischen Antwort wird zwar

dieses Verhandlungsthema auch angesprochen, aber nicht als Kardinalfrage, sondern als ein Thema unter anderen, wobei Moskau seiner bisherigen Rangordnung der Themen kompromißlos treu geblieben ist.

Es wird wiederum Sache der Westmächte sein, auf die russische Note zu antworten und dabei vorher festzustellen, ob diese Note eine Stagnation oder gar einen Rückschritt bedeutet. Für den innerdeutschen Bereich ist allerdings zu sagen, daß auch die letzte Note des Kreml jene ins Unrecht gesetzt hat, die da meinten, man müßte der Sowjetunion noch ein Angebot machen, bevor man mit dem Westen verhandele. Bundeskanzler,

## „Lernen, gut zu schießen und gut zu fliegen“

In der Sowjetzone gibt es keine politische Saure-Gurken-Zeit! Die Machthaber sind gerade in diesen Wochen mit einem wahren Hennecke-Tempo dabei, die sowjetisch besetzte Zone Deutschlands vollkommen zu bolschewisieren. Die Beseitigung der bisherigen Länder bildete den optischen Auftakt. Dieser sogenannten *Verwaltungsreform* wird jetzt auch die Organisation der SED angepaßt. Diese Maßnahme soll, wie das SED-Blatt „Neues Deutschland“ ausdrücklich hervorhebt, dazu dienen, „die führende Rolle der SED noch besser zu verwirklichen“.

In Übereinstimmung mit allen totalitären Systemen betrachten die Sowjetzonenmachthaber die Justiz als ein wichtiges Mittel zur Behauptung ihrer Position. Deshalb bereitet man für den September die Umwand-

Bundesregierung und Bundestagsmehrheit haben solchen Stimmen gegenüber immer betont, daß sie im Grundsatz Viermächteverhandlungen bejahen und wünschen, daß sie aber noch keine Veranlassung sähen, bei Aufstellung ihres Terminkalenders mit dieser Möglichkeit zu rechnen. Auch die letzte sowjetische Antwort hat die Richtigkeit dieser Betrachtungsweise bestätigt und den „Optimisten“ eine Enttäuschung mehr bereitet. Es ist also durch diese Note keine neue Situation geschaffen worden. Die Haltung Moskaus ist — um einen Terminus eines gewissen kaufmännischen Jargons zu zitieren — „wie gehabt“.

lung aller Gerichte der Sowjetzone in „Volksgerichte“ vor. Das neue bolschewisierte Strafgesetzbuch soll im Oktober in Kraft treten. Diese Maßnahmen kommentiert der für Justizfragen zuständige SED-Funktionär Dr. Rolf Helm dahin: „Es gibt keine objektive Gerechtigkeit. Die neuen Richter müssen parteilich sein. Wir müssen uns angewöhnen, daß es nur ein Recht gibt, das Recht der herrschenden Klasse.“ Ähnliches haben wir doch schon einmal gehört! — Die Auswirkungen dieser „Justizreform“ kann man sich unschwer vorstellen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß nach Ermittlungen der Westberliner Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit allein von Mai bis Juli dieses Jahres von sowjetzonalen Gerichten in politischen Prozessen drei Todesurteile, elf lebenslängliche Zuchthausstrafen, vier Strafen von je 25 Jahren Arbeitslager

für Jugendliche und 83 Freiheitsstrafen von zusammen 722 Jahren Gefängnis oder Zuchthaus verhängt wurden.

Der totalen Gleichschaltung des Rundfunks und damit der unbeschränkten Beeinflussung der öffentlichen Meinung soll eine Zentralisierung des Rundfunks dienen, die am 1. September in Kraft tritt. Gleichzeitig soll der noch immer vorhandene Widerstand in Kreisen der Lehrerschaft gegen die sklavische Nachahmung der „Sowjetpädagogik“ gebrochen werden. Nach Erklärungen des sowjetzonalen Volksbildungsministers Else Zaisser (der Gattin des SPD-Gewaltigen Zaisser) müßte im neuen Schuljahr unter den Schülern vor allem die Liebe zur russischen Sprache, zur Sowjetunion und zu den „Vorzügen der sozialistischen Gesellschaft“ geweckt werden.

Auch die FDJ will nach den Worten ihres Vorsitzenden Erich Honnecker „beim Aufbau des Sozialismus in der Sowjetzone den Typ des neuen deutschen Menschen schaffen“. Gleichzeitig wandte sich Honnecker gegen die konfessionellen Jugendverbände und gegen die Kirchenleitungen in der Sowjetzone. Man beriet in Halle „Maßnahmen zur Beeinflussung junger Christen durch die FDJ“. Auch zu Spitzeldiensten soll die FDJ herangezogen werden, denn die FDJ-Wächter sollen die Techniker und Arbeiter überwachen, „um Nachlässigkeiten, Sabotageversuche, Produktionsausfälle und Fehlplanungen zu verhindern“.

Daneben werden ständig Stimmen laut, die man im Jargon der sowjetzonalen Machthaber als „kriegshetzerisch“ bezeichnen müßte. „Die ganze Ausbildung sowohl in der Volkspolizei wie in den vormilitärischen Organisationen“, erklärte z. B. Franz Dahlem, „muß so sein, daß wir es lernen, gut zu schießen und gut zu fliegen, um einmal mit Gewehren, Maschinengewehren, Geschützen, Panzern, Flugzeugen und Schiffen die Heimat wirkungsvoll verteidigen zu können“. Und im Rahmen der Entrümmerungsarbeiten in Ostberlin sagte Oberbürgermeister Friedrich Ebert: „Wir werden mit der Waffe in der Hand unseren Aufbau siegreich zu verteidigen wissen.“ In diesem Zusammenhang verdient die Nachricht besondere Beachtung, daß an der Universität Greifswald mehrere hundert Studenten für einen fünfjährigen Aufenthalt in der Sowjetunion mit „Feriendienst in der Roten Armee“ geschult werden.

Dieses Mosaik — es könnte durch Feststellungen über die Vernichtung des privaten Handels und andere Erscheinungen höchst eindrucksvoll erweitert werden — beweist gerade in der Zusammenfassung, daß die totale Bolschewisierung der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands in vollem Gange ist. Es handelt sich dabei nicht um spontane Aktionen, sondern um die Durchführung lange vorbereiteter Pläne.

Um die Sicherheit der Bundesrepublik zu gewährleisten und diese vor einem Wiederauflieben des Militarismus zu schützen, kam es zu Vereinbarungen, auf Grund derer sich die Bundesrepublik am Aufbau der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft — einer gemeinsamen Verteidigungsorganisation sechs kontinentaleuropäischer Länder — beteiligen kann. Als Mitglied dieser Gemeinschaft wird die Bundesrepublik in der Lage sein, ohne Bildung einer deutschen Nationalarmee einen wichtigen Beitrag zur gemeinsamen Verteidigung Westeuropas zu leisten.

Präsident Truman an den amerikanischen Senat.

## Kein Kurswechsel zu erwarten

Die Einberufung des 19. Parteikongresses der Kommunistischen Partei der Sowjetunion hat in der ganzen Welt lebhaftes Echo ausgelöst. Bei dem Mangel an zuverlässigen Informationen über den Anlaß zur Einberufung des Parteikongresses ist vielfältigen Kombinationen Raum gegeben.

Mehr auffallend als bedeutungsvoll ist, daß die Einladung zwar Stalins Unterschrift trägt, daß er aber zum ersten Mal seit Lenins Tod nicht, wie bei allen bisherigen Parteikongressen, als der maßgebliche Wortführer auf der Tagesordnung erscheint und daß seine bisherige Rolle als Sprecher von Malenkov übernommen wird. Dieser Rollenwechsel läßt wohl Schlüsse auf die Gesundheit des nun 73jährigen Stalin und auf seine etwaige Nachfolge zu, keineswegs kann daraus jedoch auf einen Kurswechsel geschlossen werden. Aber auch die Frage der Nachfolge dürfte mit dem Hervortreten Malenkows nicht etwa entschieden sein, sondern lediglich die Annahme zulassen, daß Malenkov im Augenblick an der Spitze des Rennens liegt.

Bemerkenswerter für die innere Entwicklung der Partei ist schon das Fehlen eines Tagesordnungspunktes, der bereits vor dreizehn Jahren auf dem letzten Parteikongreß so gut wie beschlossen worden ist. Damals wurde die Parteiführung beauftragt, Richtlinien auszuarbeiten und auf dem nächsten Kongreß vorzulegen, die den ursprünglichen Zustand der Gleichheit aller Genossen wiederherstellen und beispielsweise die nachträglich wieder aufgenommene Rangordnung in der Roten Armee abschaffen sollten. An diesen Beschluß wurde in den Jahren nach dem Kriege immer wieder erinnert. Entsprechende Resolutionen wurden stets mit der Erklärung abgetan, die Angriffsabsichten der westlichen Imperialisten ließen den völ-

ligen Verzicht auf Einrichtungen der Vergangenheit noch nicht zu. Auf dem kommenden Parteikongreß werden die alte Genossen mit ihrer Forderung nach Rückkehr zur reinen kommunistischen Gesellschaftsform laut Tagesordnung überhaupt nicht zu Wort kommen.

Ernsthafte Beachtung verdient das eigentliche Thema des Parteikongresses: der Fünfjahresplan zur Erhöhung der industriellen Produktion um 70 Prozent. Wenn der Entwurf der Richtlinien zur Durchführung des Plans auch nicht von „Rüstung“ spricht, so lassen die Pläne für die einschlägigen Industrien doch erkennen, daß der Fünfjahresplan ein ausgesprochener Rüstungsplan ist. Hierfür spricht neben der Intensivierung der Stahlindustrie und der Verdoppelung der staatlichen Kapitalinvestitionen, der Versuch, den Öl-Engpaß durch eine Erhöhung der Erdölproduktion um 85 Prozent zu überwinden. Deutlicher noch lassen die regionalen Ansatzpunkte des Plans seinen eigentlichen Zweck, die Verstärkung des Rüstungspotentials, erkennen. Sie scheinen darauf hinauszulaufen, jede der möglichen Fronten des riesigen Territoriums mit einem eigenen, von allen anderen industriellen Zentren unabhängigen Produktionsrückgrat auszustatten, das, offensichtlich ohne auf die Herbeiführung von Materialien über große Entfernungen hinweg angewiesen zu sein, in die Lage versetzt werden soll, von sich aus jeweils eine Front zu versorgen. Die Schlußfolgerung, die Sowjetunion sei für einen Krieg gegenwärtig noch nicht ausreichend gerüstet, ist damit zwar nicht bewiesen, aber doch nahegelegt. Ebenso läßt der Plan erkennen, daß die Sowjetunion alles daran setzt, um die seit Kriegsende ununterbrochen fortgeführte Rüstung durch neue Anstrengungen noch mehr zu forcieren.

## CDU/CSU

### Zum Tode Dr. Schumachers

Dr. Adenauer richtete als Vorsitzender der CDU an den Vorstand der SPD das folgende Telegramm: Das Hinscheiden Ihres Vorsitzenden, des Herrn Dr. Schumacher, hat mich tief bewegt. Im eigenen Namen und im Namen meiner Partei spreche ich der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands meine aufrichtigste Teilnahme aus. Trotz mancher Verschiedenheit in der politischen Auffassung einte uns mit ihm die gemeinsame Verpflichtung, alles hinzugeben für das Wohl unseres Volkes.

Im Namen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat der Vorsitzende, Dr. Heinrich von Brentano, in einem Telegramm an die SPD-Fraktion die aufrichtige Teilnahme seiner Fraktion zum plötzlichen Hinscheiden Dr. Schumachers ausgesprochen. „Seinen Namen und seine Arbeit wird das deutsche Volk niemals vergessen.“ Mit glühender Vaterlandsliebe sei der Verstorbene eine Triebfeder des Widerstandes gegen die Macht-haber des Dritten Reiches gewesen. Mit Dankbarkeit müsse man sich seines Bemühens um den Wiederaufbau einer neuen demokratischen Regierung in Deutschland erinnern. „Sein Ziel und das unsere war das gleiche: Das ganze deutsche Volk in Einheit zusammenzuführen und ihm die Segnungen einer friedlichen Entwicklung zu sichern.“

Der Landesvorsitzende der Christlich-Sozialen Union in Bayern, Ministerpräsident Dr. Ehard, übersandte anlässlich des Ablebens des SPD-Vorsitzenden Dr. Kurt Schumacher an den zweiten SPD-Vorsitzenden Erich Ollenhauer folgendes Kondolenztelegramm: „In meiner Eigenschaft als Landesvorsitzender der CSU in Bayern spreche ich der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu dem schweren Verlust, den sie durch den Tod ihres Vorsitzenden Dr. Kurt Schumacher erlitten hat, die aufrichtige Teilnahme aus.“

27. August 1952

## A I a Schuman-Plan

### Etzel: Gleichberechtigung wird anerkannt

Der Vizepräsident der Hohen Behörde der Montanunion, Franz Etzel, sagte, die Montanunion werde die deutschen Investitionsprogramme für die Montanindustrie nicht einschränken. Es sei nicht die Aufgabe der Hohen Behörde, die Produktion zu reglementieren oder die Investitionen zu lenken. Die Hohe Behörde könne nur dann auf Investitionen einwirken, wenn sie subventioniert seien, was nach dem Vertrag unstatthaft ist. Auch über die Ausführung der acht von der OEEC genehmigten deutschen Stahlprojekte — darunter die Thyssen-Hütte und Watenstedt-Salzgitter — könne die Hohe Behörde nur dann entscheiden, wenn der Wiederaufbau mit Subventionsmitteln oder mit Mitteln der Montanunion geplant sei. „Soweit mir bekannt, ist dies aber nicht beabsichtigt.“

Etzel versicherte, daß in der Hohen Behörde von allen Beteiligten die Notwendigkeit einer echten Parität in allen Entscheidungen vorbehaltlos anerkannt werde. Die Sorge, daß die Montanunion Überkapazitäten in den Grundstoffindustrien Europas hervorbringen könnte, wies Etzel als unbegründet zurück. Er sagte, der Markt der Montanunion umfasse ebenso viele Menschen wie der Markt Nordamerikas. Dort sei der Stahlverbrauch aber wesentlich höher als in Europa. Wenn man in Europa eine richtige Wirtschaftspolitik treibe, brauche man sich daher keine Sorgen um eine Überkapazität zu machen. Zu den Befürchtungen über die „Ausplünderung der Ruhrkohle“ durch die Kohleverbraucherländer in der Montanunion sagte Etzel, auf dem künftigen einheitlichen Markt werde jeder Verbraucher in gleichem Maße Zugang zu allen Produktionsergebnissen haben. Die Hohe Behörde werde nur im Falle von Mangel die Verteilung übernehmen. Das sei voraussichtlich für das erste Viertel des Jahres 1953 der Fall.

27. August 1952

## A VI Sowj. bes. Zone

### SED gibt Kirchenblatt heraus

Unter der Leitung des Chefredakteurs Joseph Ragsch („Union“) und des Redakteurs Dr. Doerr („Neue Zeit“), die beide der Nuschke-CDU angehören, will die Sowjetzonenregierung ein neues Kirchenblatt herausgeben, in dem der „sozialistische Aufbau“ nach christlichen Grundsätzen unterstützt werden soll.

27. August 1952

## A V n Landtagswahlen

### Zur Nachwahl im Wahlkreis Bentheim

Die Landesleitung der niedersächsischen CDU ist für den 28. und 29. August zu einer Sondersitzung nach Nordhorn einberufen worden, um zusammen mit den niedersächsischen Bundestags- und Landtagsabgeordneten der CDU zugleich am Wahlkampf für die Landtagsnachwahl im Wahlkreis Bentheim teilzunehmen. Die CDU als stärkste Partei des Wahlkreises hat als ihren Kandidaten den Landrat des Kreises, Photograph Richard Zahn aufgestellt. Zahn ist Mitglied des Vorstandes der Handwerkskammer in Osnabrück und Mitglied der evang. luth. Landessynode in Hannover. Er wurde in diesem Jahr zum zweiten Mal und einstimmig vom Kreistag, in dem die CDU über die Mehrheit der Sitze verfügt, zum Landrat gewählt. Die CDU bedauert um so mehr, daß von einzelnen bürgerlichen Kreisen der Geschäftsführer des Handwerks, Meyer, als unabhängiger Gegenkandidat aufgestellt wurde. Sie hofft trotz dieser unverständlichen Zersplitterung den Wahlkampf gegen den Kandidaten der SPD zu gewinnen. Außerdem sind Kandidaten der KPD, der SRP und des BHE aufgestellt worden, so daß mit einem lebhaften Wahlkampf zu rechnen ist.

27. August 1952

## A IV I e Kirchen

### Generalvikariat Paderborn zu den Kommunalwahlen

Das Erzbischöfliche Generalvikariat Paderborn hat den Geistlichen mitgeteilt, das dringende Anliegen des Zusammengehens der „christlichen Parteien“ bei den kommenden Kommunalwahlen dürfe keinem Seelsorger gleichgültig sein. Bei den seelsorglichen Bemühungen muß nach Weisung des Generalvikariats an folgenden Grundsätzen unverrückbar festgehalten werden: Der Seelsorger wird in Anbetracht der sittlichen Verantwortung der Christen für die Bereiche des öffentlichen Lebens in pastoraler Klugheit sich um eine erfolgreiche Durchführung der Wahl bemühen. Der Seelsorger soll sich eine möglichst weitgehende Verständigung angelegen sein lassen mit dem Ziel, daß keine christliche Stimme durch Uneinigkeit verloren geht. Gerade in schwierigen örtlichen Verhältnissen muß er Brücken menschlicher und christlicher Verständigung bauen. Allen persönlichen und parteitaktischen Auseinandersetzungen hat er sich fernzuhalten. Wahlen sind Gewissensentscheidungen. Daher ist die Weckung des christlichen Verantwortungsbewußtseins eine wichtige Aufgabe der Seelsorger und zugleich die beste Vorbereitung der Wahlen.

27. August 1952

## A III I a, f CDU/CSU-Z

### Fusion Zentrum-CDU im Kreise Euskirchen

Zu unserer in Nr. 66 veröffentlichten Notiz „Der CDU angeschlossen“ erfährt die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU von Nordrhein-Westfalen: Die Zentrumsparterie, die im Kreise Euskirchen einst ziemlich stark und letztlich nur noch in Münstereifel eine größere Gruppe hatte, beschloß in einer Mitgliederversammlung in Münstereifel, der CDU-Ortspartei beizutreten. Vorausgegangen waren Verhandlungen zwischen den Vorständen beider Ortsgruppen, deren Verlauf beiderseitig zufriedenstellend war. Die CDU stellt den ersten Vorsitzenden, das bisherige Zentrum den stellvertretenden Vorsitzenden. In einer CDU-Versammlung gab Studienrat Dr. Heuel die Tatsache der Fusion bekannt und legte dabei größten Wert auf die Feststellung, daß sie nach dem einstimmigen Beschluß beider Vorstände erfolgt ist. Es eröffnen sich damit durchaus erfreuliche Perspektiven für eine ersprießliche Arbeit im Rat der Stadt Münstereifel. Nach menschlichem Ermessen wird die CDU die stärkste Partei in Münstereifel werden und die größte Fraktion stellen. Der bisherige Vorsitzende der früheren Zentrumsparterie Münstereifel und jetzige stellv. Vorsitzende der CDU-Ortspartei, Ferdinand Müller, legte ebenfalls besonderen Wert auf die Feststellung, daß die Fusion von den Zentrumsmitgliedern einstimmig gebilligt worden ist.

27. August 1952

## A II d Politische Persönlichkeiten

### Großkreuz für Wohleb

Bundespräsident Prof. Heuß hat dem ehemaligen Staatspräsidenten von Südbaden, Leo Wohleb das Großkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland überreicht. Wohleb wird in Kürze als deutscher Gesandter nach Lissabon gehen.

27. August 1952

## A IV Sowjetisch besetzte Zone

### Bilanz des Unrechts

Eine erschütternde Übersicht über die Opfer der sogenannten Justiz in der Sowjetzone gab der Staatssekretär im Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen, Thedieck, in einem Rundfunkvortrag am 16. August. Er erklärte dazu: „Seit Ende Mai dieses Jahres sind uns hier bekannt geworden: 2 Todesurteile, 7 Verurteilungen zu lebenslänglichem Zuchthaus und Zuchthausstrafen von insgesamt 425 Jahren. Ganz zu schweigen von weiteren 299 Jahren Zuchthausstrafen, die im gleichen Zeitraum in Wirtschaftsstrafprozessen ausgesprochen wurden. Es ist eine erschütternde Bilanz des Unrechts, die wir eingliedern müssen in die erschreckenden Zahlen, die wir schon früher bekanntgeben mußten. Denn schon seit Jahren werden ja auf Grund des Art. 6 der Verfassung und der Kontrollratsdirektive 38 von den kommunistischen Gerichten Zehntausende von politischen Gegnern in die Zuchthäuser der Sowjetzone oder in die Zwangsarbeitslager der Sowjet-Union gebracht. Über 50 000 Menschen schmachten noch heute, wo sie unter den menschenunwürdigsten Bedingungen dahingevegetieren. Wir gehen sicher nicht fehl mit der Behauptung, daß die Ablehnung der Einreise genehmigung für die Untersuchungskommission der Vereinten Nationen in die sowjetische Besatzungszone nicht zuletzt deshalb erfolgte, weil man gegenüber dieser Kommission die Gefängnisse und Zuchthäuser zu verbergen trachtete.“

27. August 1952

## A V 8 Süd-West-Staat

### CDU kritisiert Zentralisierung der Verwaltung

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion in der Landesversammlung, Dr. Franz Gurk, kritisiert in einer Erklärung die Überleitung verschiedener Verwaltungsaufgaben von den Abwicklungsstellen auf die neuen Zentralministerien. Besonders beanstandet die CDU die Übernahme der Aufsicht über die sich auf mehrere Landesbezirke erstreckenden öffentlich-rechtlichen Körperschaften durch die Zentralministerien, die Absicht auf Übernahme auch der Personalangelegenheiten von Lehrkräften auf das Kultministerium und die weitgehende Zentralisation bei der Gewährung von Staatsdarlehen durch das Wirtschafts- bzw. Finanzministerium. Dr. Gurk betonte in der Erklärung, man müsse unter allen Umständen an dem Grundsatz festhalten, daß die Ministerien zu regieren, die Regierungspräsidenten aber zu verwalten hätten. Auch im Schulwesen und in der Gewerbe-förderung sollten die einzelnen Angelegenheiten bei den Regierungspräsidenten verbleiben. Gegen die Zentralisierung der Justizverwaltung habe die CDU ebenfalls ernste Bedenken.

27. August 1952

## A III 1 e KPD

### Dr. Adenauer stellt Strafantrag gegen KPD-Abgeordnete

Bundeskanzler Dr. Adenauer hat bei der Oberstaatsanwaltschaft Bremen Strafantrag wegen Beleidigung und übler Nachrede gegen den KPD-Abgeordneten der Bürgerschaft, Hermann Gauthier, gestellt. Die Oberstaatsanwaltschaft hat daraufhin die Aufhebung der Immunität des Abgeordneten zur Strafverfolgung bei der Bürgerschaft beantragt. Der Strafantrag des Bundeskanzlers gründet sich auf Äußerungen Gauthiers in einer Kundgebung der KPD am 21. November 1951 im Parkhaus. Gauthier hatte u. a. gesagt: „Das deutsche Volk will keine Wiederaufrüstung, obwohl die amerikanische Kriegspolitik so willige Handlanger wie Adenauer und Schumacher hat. Um den Widerstand des deutschen Volkes auszuschalten, hat sich Adenauer entschlossen, jegliche demokratische Rechte zu beseitigen. Fort mit Adenauer und seinem Krieg!“ Bundesminister Lehr hatte bereits im Frühjahr dieses Jahres wegen derselben Rede Gauthiers einen Strafantrag gestellt. In der Sitzung der Bürgerschaft vom 12. Juni war jedoch das Ersuchen um Aufhebung der Immunität abgelehnt worden.

27. August 1952

## A IV 2 h Sonstige Banken- und Kreditinstitute

### Sparkasseneinlagen gestiegen

Die Einzahlungen auf Sparkonten bei den öffentlichen Sparkassen brachten im Juli mit 329 Mill. DM das höchste Monatsergebnis seit der Währungsreform, wenn man vom Januar 1952 absieht, der wegen des Jahreswechsels eine Ausnahmestellung hatte. Im Vergleich zum Juni wurden 41 Mill. DM mehr Spargelder eingezahlt. Da die Auszahlungen gleichzeitig um nur 32 auf 233 Mill. DM zunahmen, ergab sich ein gegenüber dem Vormonat um 10 Mill. DM erhöhter Einzahlungsüberschuß von 96 Mill. DM.

27. August 1952

## A I c Saargebiet

### DPS gegen Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts

Der Vorstand der Demokratischen Partei Saar (DPS) ging am 20. August der Beschluß des Ersten Senats des saarländischen Oberverwaltungsgerichts zu, durch den der Termin der Verhandlung über den Einspruch der DPS gegen ihr Verbot durch die Saarregierung vom 2. September auf den 2. Oktober verlegt wird. Die Verschiebung erfolgte „mit Rücksicht auf die in Paris stattfindenden Saarverhandlungen“. Politische Kreise an der Saar drückten laut dpa ihr Erstaunen darüber aus, daß ein Verwaltungsstreitverfahren vor einem Oberverwaltungsgericht mit den Saarverhandlungen in Paris in Zusammenhang gebracht wird. Es sei nicht zu verstehen, wie etwaige politische Entscheidungen einen Rechtsstreit unmittelbar beeinflussen könnten.

27. August 1952

## A IV 1 a Allgemeines (Föderalismus)

### Föderalismus ist unbeliebt

Nicht einmal zehn Prozent aller Personen, die im Rahmen einer Umfrage des Instituts für Demoskopie hierzu befragt wurden, haben sich für den föderalistischen Aufbau in der Bundesrepublik ausgesprochen. Der Vorschlag, die Länderparlamente und Länderregierungen abzuschaffen, ist von der Mehrheit der Befragten als „ausgezeichnet“ und „sehr gut“ bezeichnet worden. Auch unter den befragten Mitgliedern der CDU fand sich nur eine kleine Minderheit, die den föderalistischen Staatsaufbau bejaht. Die überwiegende Mehrheit der CDU-Mitglieder sprach sich für einen Abbau der Ländergewalt und eine Stärkung der Zentralgewalt aus.

27. August 1952

## A IV 7 b Lastenausgleich

### Dr. Kather für Einschaltung der Geschädigten-Organisation beim Lastenausgleich

Der Vorsitzende des Bundes vertriebener Deutscher, der CDU-Abgeordnete Linus Kather, forderte die verantwortliche Einschaltung der Geschädigten-Organisationen zur Durchführung des Lastenausgleichsgesetzes, ferner die Schaffung „geeigneter personeller Voraussetzungen“ für eine reibungslose Durchführung des Gesetzes. Die von den Regierungsparteien angekündigte Novellen-Gesetzgebung zum Lastenausgleichsgesetz solle sofort nach den Parlamentsferien in Angriff genommen werden.

27. August 1952

## A IV 7 c Flüchtlingsorganisationen

### Einheitsverband der Vertriebenen soll gegründet werden

Am 18. August hatten sich die Sprecher aller Landsmannschaften in Bad Kissingen versammelt, um die Frage der endgültigen Schaffung des Einheitsverbandes der Vertriebenen zu besprechen. Einer Presseverlautbarung der Landsmannschaften zufolge haben die Landsmannschaften eine Arbeitsgemeinschaft gegründet, die das Einigungswerk vorantreiben soll. Der Vorstand des Zentralverbandes der Vertriebenen Deutschen hatte mit Zustimmung der vier dem vorläufigen Präsidium des Bundes der Vertriebenen Deutschen angehörigen landsmannschaftlichen Sprecher vorher in Bonn beschlossen, die Verhandlungen über die endgültige Konstituierung des Bundes der Vertriebenen Deutschen bis zur Verabschiedung des Lastenausgleichsgesetzes zurückzustellen. Die Delegierten des Zentralverbandes der Vertriebenen Deutschen hatten am 29. Juni 52 in Bad Godesberg gleichfalls beschlossen, nach Inkrafttreten des Lastenausgleichsgesetzes die Einigungsverhandlungen zum Abschluß zu bringen. Der Aufbau des Bundes der Vertriebenen Deutschen auf der Orts-, Kreis- und Landesebene ist inzwischen weitgehend fortgeschritten. Der Vorstand des ZVD und das provisorische Präsidium des BVD werden sich daher am 31. 8. 52 mit der endgültigen Formulierung der BVD-Satzung und mit der Frage der Verhandlungen mit den noch abseits stehenden Landsmannschaften befassen.

27. August 1952

## A I a Schuman-Plan

### Britische und amerikanische Mission bei der Montan-Union

Die britische Regierung hat dem Präsidenten der Hohen Behörde der Montanunion, Jean Monnet, die Zusicherung gegeben, am Sitz der Hohen Behörde und des Hohen Gerichtshofes der Montanunion in Luxemburg eine Mission unter Vorsitz eines Botschafters einzurichten. Auch die USA-Regierung hat sich entschlossen, eine Regierungsmission zum Sitz der Hohen Behörde der Montanunion nach Luxemburg zu entsenden. 27. August 1952

## Rezept Niemöller

Unter dieser Überschrift wendete sich im „Haller Tageblatt“, Schwäbisch-Hall, Dr. Gerstenmaier, unter Ablehnung einer Diskussion unter Kirchenmännern am Fronleichnamstag in seinem Wahlkreise, gegen den politischen Stil Dr. Niemöllers, den er „eine Vermischung von geistlichen Auslassungen, verwirrenden moralischen Appellen, politischer Ideologie und persönlicher Phantasie“ nennt. Er nennt Niemöllers politisches Rezept als sichersten Weg zu einer erneuten Katastrophe Deutschlands und führt dazu im einzelnen u. a. dazu aus:

1. Mit einer Kunstfertigkeit, die an demagogische Irreführung grenzt, versucht Niemöller das deutsche Volk im Bereich der Bundesrepublik glauben zu machen, daß die Wiedervereinigung Deutschlands im Grunde in seinem eigenen Bewirken liege. Er fährt auf dieser Linie beharrlich fort, obwohl er genau weiß, oder wissen kann, daß die Wiedervereinigung Deutschlands nur durch die gütliche Einigung der vier Großmächte in einer für uns interessanten Weise erfolgen kann. Er weiß oder er kann wissen, daß die Politik der Bundesregierung genau darauf gerichtet ist. Und er könnte wissen, daß die politische Kunst Adenauers verhindert, daß die Einigung auf Kosten des deutschen Volkes erfolgt. Aber von alledem ist in dem Rezept Niemöllers nicht die Rede. Er geht geradezu davon aus, daß Adenauer etwas mit List und Tücke verhindere, was der Bundeskanzler in Wahrheit mit höchster Umsicht und Energie verfolgt: Die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit.

2. Zu den gefährlichen, ja unmöglichen Eigenschaften des politischen Rezepts von Niemöller gehört die Unterstellung, daß jeder ein Friedensfeind und Störer der deutschen Einheit ist, der die Russen anders beurteilt als er es tut und der deshalb auch andere Mittel für notwendig hält, um sowohl der Bundesrepublik wie einem vereinten Deutschland die Freiheit und Sicherheit seines Lebens zu gewährleisten. Die Gefahr Niemöllers liegt in keiner Weise darin, wie er als verfolgte Unschuld seine Anhänger immer wieder glauben machen will, daß er eben für den Frieden stehe. Nein, niemand, der es mit dem Frieden ernst meint ist eine Gefahr für Deutschland. Eine Gefahr für Deutschland ist jedoch jeder, der glaubt nur von Frieden reden und die Freiheit dabei riskieren zu dürfen. Niemöller muß nicht deshalb entgegengetreten werden, weil er eine besonders unglückliche und destruktive Vermischung von kirchlichem oder politischem Handeln betreibt, nein, weil er und seine Freunde den kommunistischen Propagandasatz bereitwillig und ohne zu zaudern aufgenommen haben, daß wer sich nach Mitteln umsieht, um die deutsche Einheit in Frieden und Freiheit herzustellen, daß der ein Militarist, ein Friedensfeind und Kriegshetzer sei. Ich weiß nicht, ob er wahr ist, was man sich in diesen Tagen erzählt hat, daß Pieck oder ein anderer Reichsstattthalter Stalins erklärt habe, daß eine Niemöller-Versammlung besser sei als 20 KPD-Versammlungen. Da ich mit diesen Herrn keinen Umgang habe, kann ich mich für die Richtigkeit der Geschichte nicht verbürgen. Aber auch wenn sie nur erfunden wäre, wäre sie gut erfunden, weil sie genau den Punkt trifft, an dem Niemöllers und seiner Freunde politische Wirksamkeit bedeutungsvoll und für die Sache Deutschlands, der Freiheit und dem Frieden gleich gefährlich wird.

3. Bei der Beobachtung der politischen Tätigkeit Niemöllers in diesen Jahren hat mich immer wieder die Tatsache am nach-

denklichsten gemacht, daß er den Gedanken der europäischen Einigung vollständig ignoriert. Nirgends wird so sehr, wie an diesem Punkte klar, daß er trotz aller beschwörenden Worte von Frieden und Einheit auch heute noch in den Vorstellungen der Jahre nach dem ersten Weltkrieg lebt und keinen Spur von einem echten politischen Auftrag und kein Ge-

danke für ein wirkliches politisches Rezept in dem steckt, was er tut und treibt. Die Zustimmung geängsteter und irreführter Menschen darf niemand auch nur einen Augenblick darüber hinwegtäuschen, daß Niemöller die Grundentscheidungen nicht wirklich erfaßt hat, vor die das deutsche Volk gestellt ist. Für seine Neutralisierungs-ideologie, d. h. für den Gedanken des wehrlosen Ausgeliefertseins Deutschlands an den Osten, ist die europäische Einigung nichts weiter als ein Militärbündnis alten Stils. Daß wir unsere ganze Kraft und Mühe nicht an neue Militärbündnisse, sondern an die Aufhebung der Grenzen und des friedlichen Zusammenlebens der europäischen Völker gesetzt haben, ist Niemöller in keiner Weise bewußt geworden. Er hält für einen leeren Wahn, was in der Politik Adenauers das bestimmende Leitbild des politischen Tuns

→

## Verantwortungsbewußter Föderalismus

Bundesfinanzminister Fritz Schäffer hat in seiner Ansprache im Bayerischen Rundfunk kürzlich auf die großen politischen Entscheidungen verwiesen, die im letzten Vierteljahr vom Bundesrat, dem Organ der Länder, gefordert wurden. Es handelt sich um das Gesetz über den Lastenausgleich, um die Entscheidung über den 37%igen Bundesanteil an der Einkommen- und Körperschaftssteuer und um die Zustimmung zum Betriebsverfassungsgesetz. Die CSU-Korrespondenz nimmt im Rückblick noch einmal und in grundsätzlichen Ausführungen Stellung, aus denen wir die nachstehenden Gedanken als fruchtbaren Beitrag verantwortungsbewußten föderalistischen Denkens wiedergeben:

Im Gesetz über den Lastenausgleich kam nach Anrufung des Vermittlungsausschusses eine Lösung zustande, die zwar auf der Seite der Gebenden und auf der Seite der Nehmenden nicht restlose Zufriedenheit herstellt, die aber in der Lage ist, den seit 1948 anstehenden Lastenausgleich endlich in umfassender Weise in Angriff zu nehmen. Die Länder, auch Bayern, haben im Hinblick auf die politische Notwendigkeit und die sozialpolitische Bedeutung Opfer auf sich genommen, die ihnen bei der Durchführung ihrer eigenen Aufgaben ohne Zweifel Schwierigkeiten bereiten werden.

Heftig umstritten war und ist der 37%ige Bundesanteil an der Einkommen- und Körperschaftssteuer. Die Bayernpartei benutzte die bayerische Zustimmung, um vor allem gegen den bayerischen Ministerpräsidenten stark zu polemisieren. Sie befand sich dabei in Gesellschaft mit den SPD-Ländern Hamburg, Hessen und Niedersachsen, die den Abstimmungstag über den 37%igen Bundesanteil als den „schwarzen Freitag“ des deutschen Föderalismus bezeichneten. Die Entscheidung, dem Vorschlag des Bundesfinanzministers die Zustimmung zu geben, ist Bayern und der bayerischen Staatsregierung nicht leicht gefallen. Und der Bundesfinanzminister wird, wenn er die bayerische Situation gerecht beurteilt, der bayerischen Haltung seine Anerkennung nicht versagen können. Die bayerische Koalition hat mit ihrer Zustimmung zum 37%igen Bundesanteil an Einkommen- und Körperschaftssteuer bewiesen, daß sie außenpolitisch bedingten Notwendigkeiten der Bundespolitik ihre Zustimmung nicht versagt, obwohl sie von ersten Sorgen über den gerade in der Bundesfinanzpolitik eingeschlagenen Weg erfüllt ist. Darüber besteht kein Zweifel, daß die Bundesfinanzpolitik der Prüfstein des deutschen Föderalismus ist. Feststellungen, daß der 37%ige Bundesanteil ein Sieg des Föderalismus sei, können über die Tatsache nicht hinwegtäuschen, daß die Länder schwere und einschneidende Opfer bringen müssen.

Die Geschichte der Finanzpolitik des

Reiches bzw. des Bundes gegenüber den Ländern ist die Geschichte des angewandten Föderalismus in Deutschland. Sie kann nur verstanden werden, wenn man die wirtschaftliche Differenzierung der deutschen Länder berücksichtigt, die durch ihre kulturelle Tradition und Aufgaben noch wesentlich erschwert wird. Dieser 37%ige Steueranteil des Bundes stellt ohne Zweifel ein Maximum dessen dar, was von föderalistischer Verantwortung aus dem Bund zugestanden werden kann. Eine Erhöhung dieses Bundesanteils würde zwangsläufig zur Zerstörung des finanziellen Gleichgewichts zwischen Bund und Ländern führen und sich als Vorstufe einer Bundesfinanzverwaltung erweisen.

Weiter hat die bayerische Zustimmung zum Betriebsverfassungsgesetz im Bundesrat den Ausschlag gegeben. München und Stuttgart haben im Bundesrat zum Betriebsverfassungsgesetz Ja gesagt, obwohl in beiden Ländern Koalitionen mit der SPD bestehen. Diese Tatsache darf nicht übersehen werden. Auch hier hat Bayern dem größeren Gesichtspunkt den Vorrang gegeben. So kam — unerwartet schnell auch für die Bundesregierung — die Annahme des Betriebsverfassungsgesetzes im Bundesrat zustande.

Versucht man aus den drei Entscheidungen im Bundesrat einen Schluß für die bayerische Haltung zu ziehen, so ist die Feststellung gestattet, daß Bayern dem Postulat des Bundesfinanzministers, daß die Länder aus freiem Willen zusammenstehen und aus freiem Willen der Allgemeinheit geben müßten, was das Gesamtvolk brauche, ehrlich und mit allen Kräften nachzukommen sich bemüht. Andererseits muß das Land Bayern aber, das beispielsweise in seinem ausgedehnten Grenzgebiet die höchste Zahl von Dauerarbeitslosen des ganzen Bundesgebietes aufweist, die Erwartung aussprechen, daß der Bund die unerbittliche Grenze seiner Leistungsfähigkeit erkennen und die Ansprüche auf die politische Gefolgschaftstreue Bayerns nicht überspannen möge.

## Hindernisse für Zusammengehen CSU und Bayernpartei

Die in der letzten Zeit viel diskutierte Möglichkeit eines Zusammengehens von CSU und Bayernpartei im Hinblick auf die kommenden Bundestagswahlen wird in der CSU-Korrespondenz einer genauen Prüfung unterzogen. In dem Artikel heißt es u. a.:

Zu den sogenannten Verhandlungen zwischen CSU und Bayernpartei ist zunächst festzustellen, daß sie privaten oder außer-bayerischen Bemühungen entspringen sind. Auf dem CSU-Landesausschuß in Würzburg hat die CSU durch eine großzügige Ermächtigung ihrer Bezirksvorsitzenden den Weg zu der viel diskutierten Verständigung bei den Gemeindevahlen freigemacht. Sie hat gleichzeitig einen Ausschuß führender Politiker und Parlamentarier beauftragt, mit der Bayernpartei Verhandlungen aufzunehmen. Die Praxis dieser Bemühungen sah dann anders aus als die immer wieder beschworene Einheit des sogenannten christlichen Lagers. Als in vielen örtlichen und überörtlichen Verhandlungen — auf überörtlicher Basis vor allem von BP-Generalsekretär Dr. Anton Besold und dem stellvertretenden CSU-Generalsekretär Josef Brunner geführt — der Versuch unternommen wurde, die politische Gemeinsamkeit in der Einmütigkeit über die Kandidaten zum Ausdruck zu bringen, ergaben sich nicht übersteigbare Schwierigkeiten. Es wäre eine pharisäerhafte Haltung, an die Brust zu klopfen und sich von den aufgetretenen Schwierigkeiten zu distanzieren. Sie waren im Persönlichen, Lokalen, aber auch im Politisch-Sachlichen begründet. Sie zu übersehen, hieße sich einer gefährlichen politischen Illusion hingeben.

Die CSU ist ehrlich bis an den Rand des Möglichen gegangen, um zu einer Verständigung zu kommen. Die von ihr ausgestreckte Hand wurde praktisch in allen Fällen schroff zurückgewiesen. Der Bundestagsabgeordnete Dr. Etzel hielt im Bundestag anlässlich der ersten „Wehrdebatte“ eine Rede, von der der CSU-Abgeordnete Dr. Richard Jaeger unter Zustimmung des ganzen Bundestags eine beängstigende Verwandtschaft mit dem Osten feststellte. An solchen Beispielen zeigen sich die neuralgischen Punkte einer Verständigung.

### Rezept Niemöller (Schluß)

und Handelns ist; Deutschland in eine dauerhafte Gemeinschaft der freien Völker mit gleichen Rechten und Pflichten zu bringen und es damit der kommunistischen Weltmacht Moskaus niemals zur Beute werden zu lassen.

Mit alledem mache ich Niemöller jedoch nicht den Vorwurf, den man immer wieder gegen ihn zu hören bekommt, daß er nämlich bewußt für Moskau arbeite. Trotz seines Moskauer Besuches sollte man ihm diesen Vorwurf ebenso wie Heinemann ersparen. Mein Vorwurf gegen Niemöller und sein politisches Rezept ist der, daß er mit einer unerhörten und unverzeihlichen, weil überheblichen Selbstsicherheit seinen politischen Einfällen und Gefühlswallungen folgt und daß er damit praktisch genau an der Stelle einsetzt, wo sich die KPD als zu schwach und ungeeignet erwiesen hat. Niemöllers Rezept ist weder ein Weg in die Freiheit noch zur Einheit Deutschlands. Es hat lediglich eine ähnliche Wirkung wie manches vorübergehend schmerzlindernde Medikament. Es ist nicht ein Mittel, um das deutsche Volk gesunden zu lassen, sondern um es einzulullen in seiner Wachsamkeit gegenüber einer Riesennacht, die z. B.

18 Millionen Deutschen die einfachsten

Grundrechte der menschlichen Freiheit verweigert, die bis zum heutigen Tage mindestens 50 000 politische Gefangene in der Ostzone in den Klauen hat, die erwiesenermaßen noch 101 041 deutsche Kriegsgefangenen widerrechtlich zurückhält, die eine Kornkammer Deutschlands sinnlos verwüstet hat und uns den Verzicht auf sie in Gestalt der Anerkennung der Oder-Neisse-Linie als „Friedensgrenze“ aufzwingen will.

Nur ein Mann, der die geschichtlichen Tatsachen so beharrlich zu ignorieren weiß, wie der Kirchenpräsident Niemöller, kann es fertigbringen, diese Bemühungen (zur Stärkung des deutschen Einflusses auf die Entscheidungen der westlichen Welt) zu stören. Er hat offensichtlich nicht zur Kenntnis genommen was in Europa seit dem russisch-finnischen Krieg, über die Unterwerfung des Baltikums, die Sowjetisierung des Balkans, die Niederwerfung Polens und die Verwandlung der Tschechoslowakei in einen kommunistischen Satellitenstaat zum Ereignis geworden ist. Im Hinblick dessen kommt es mir immer wieder unfaßlich vor, daß sich Niemöller zu einem politischen Mißbrauch dessen verleiten läßt, was ihm in der Kirche und in der Öffent-

lichkeit der freien Welt an Vertrauen und Respekt früher entgegengebracht worden ist. Wahlabkommens Berücksichtigung finden. Sie zu übersehen hieße die politische Wirklichkeit in Bayern und in der Bayernpartei verkennen.

Am 19. Juli unterbreiteten die Abgeordneten Decker und Anton von Aretin dem CSU-Bundestagsabgeordneten Emil Kemmer (Bamberg) in Anwesenheit von Bundesfinanzminister Fritz Schäffer das Angebot zu Verhandlungen über ein Wahlabkommen. Dieses Wahlabkommen war in den vergangenen Wochen Gegenstand persönlicher Gespräche. Sie sollten am vorletzten Wochenende auf Schloß Heidenburg in Niederbayern zu einem vorläufigen Abschluß gebracht werden. Diese Besprechungen fielen dann aber aus, weil für die CSU die Voraussetzungen für solche Gespräche nicht gegeben sind. Die außergewöhnlich scharfe und unfreundliche Erklärung Dr. Baumgartners gegen Bundesfinanzminister Schäffer, beweisen die mangelnde Bereitschaft zu einem persönlichen Gedankenaustausch. Auch ist unbekannt, von wem und in welchem Umfang Anton von Aretin, der bis 1951 Kreisvorsitzender der BP Niederbayern war, zu solchen Verhandlungen ermächtigt sein soll. Es ist notwendig, abschließend festzustellen, daß es sich bei den sogenannten „Verhandlungen“ zwischen CSU und Bayernpartei nur um private Fühlungnahme handelte, bei denen die Initiative in fast allen Fällen von der Bayernpartei ausging. Inwieweit von Bonn aus auf diese Gespräche Einfluß genommen wird, ist im einzelnen nicht feststellbar. Es ist jedoch undenkbar, daß Gespräche zu Erfolg führen können, die von außen her begonnen wurden und beeinflußt werden.

Die CSU hat immer ihre politische Eigenständigkeit behauptet. Sie hat nicht die Absicht, diese politische Eigenständigkeit für 1952/53 aufzugeben. Was ihre Haltung zu den Bundestagswahlen 1953 betrifft, hat sie z. B. im Bereich des Bezirksverbandes Oberbayern eine politisch bemerkenswerte Entscheidung getroffen. Die Bezirksvorstandschafft Oberbayern beschloß, alle Wahlvorbereitungen nach dem Grundsatz des selbständigen Vorgehens zu treffen. Dieser Beschluß schließt eine Bereitschaft zu örtlichen oder überörtlichen Abkommen nicht aus. Er besagt jedoch, daß die CSU für eine vage Konstruktion ihren politischen Namen und ihre politischen Grundsätze nicht aufgeben wird. Die CSU ist aus erster Verantwortung für Bayern und Deutschland bereit, mit jedem, der guten Willens ist, zusammenzugehen. Der gute Wille ist dabei Voraussetzung, er darf sich nicht in Deklarationen erschöpfen. Fehlt diese gute Wille, ist alle Zeit, die auf persönliche Fühlungen und auf politische Verhandlungen verwendet wird, unnützlich vertan. Der Ton des Kampfes und der Polemik, den die Sprecher der Bayernpartei in den vergangenen Wochen gegen Ministerpräsident Dr. Ehard, Bundesfinanzminister Schäffer, Generalsekretär Strauß u. a. gebraucht haben, zeigt die mangelnde Einsicht und Verständigungsbereitschaft. Auch besteht auf der Seite der CSU schwerster Zweifel, ob eine außenpolitische Übereinstimmung zwischen der vom Bundeskanzler vertretenen Linie und der Auffassung des stellvertretenden BP-Vorsitzenden Dr. Etzel je erreicht werden kann.

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, Bonn, Nassestr. 2. - Redaktion: Bonn, Pressehaus IV am Bundeshaus, Schließbach 102  
Druck: Buch- u. Verlagsdruckerei L. Leopold, Bonn.